

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 176 (2010)

Heft: 12

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschland

Zur Reform der deutschen Bundeswehr

(Ausrichtung der militärischen Fähigkeiten auf die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen im Schatten von aktuellen Sparzwängen)

Anlässlich der diesjährigen Handelsblatt-Konferenz «Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie» in Berlin haben hohe Vertreter aus Politik und Streitkräfte über die aktuellen Planungen zur Reform der deutschen Bundeswehr informiert. Zusammen mit der Aussetzung der Wehrpflicht und den einschneidenden Sparmassnahmen (siehe auch ASMZ Nr. 10/2010, Seite 38) sollen die deutschen Streitkräfte radikal umgebaut und auf die künftigen Einsatzbedürfnisse ausgerichtet werden. Das Aufgabenspektrum soll dabei der weiter veränderten Bedrohungslage angepasst werden. Als künftige Primäraufgaben der Bundeswehr werden Interventionen in Krisenregionen, resp. die Teilnahme an multinationalen Stabilisierungsoperationen sowie der Kampf gegen den internationalen Terrorismus definiert. Die multinationale Sicherheitsvorsorge wird dabei auch weiterhin ein

Prinzip der deutschen Verteidigungspolitik bleiben. Gemäss Aussagen des Generalinspektors, General Wieker, soll bereits heute ein wesentlicher Teil der Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr nicht mehr bedrohungsgerecht sein und falle zunehmend aus dem Kosten-Zeitrahmen. Gefordert seien darum flexibel einsetzbare und gut ausgerüstete Truppenverbände, die künftig für diverse Handlungsoptionen, insbesondere aber auch gegen asymmetrische Bedrohungen einsetzbar sind.

Planungsgrundlagen

Im Verteidigungsministerium sind in den letzten Monaten diverse Reformmodelle ausgearbeitet worden. Zudem ist Ende Oktober 2010 der Bericht der unabhängigen Strukturkommission «Weise» präsentiert worden. Darin werden schwerwiegende Defizite im Verteidigungsministerium und bei der heutigen Bundeswehr aufgezeigt. Verlangt werden auch hier umfassende Veränderungen in der Verteidigungsorganisation und mehr Flexibilität und höhere Effizienz in der Bundeswehr selber. Die neue Situation verlangt nach Einsatzfähigkeit, ohne die möglichen Einsatz-



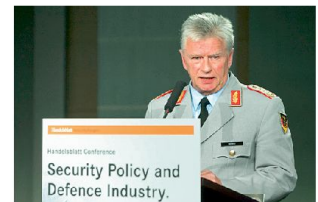
Voraussetzung ist eine lage- und bedrohungsgerechte Ausrüstung.

Bild: Bundeswehr

szenarien konkret zu kennen. Gemäss vorliegender Grobplanung sollen die Streitkräfte bis zum Jahre 2016 eine völlig neue Struktur einnehmen, wobei auf die erst im Jahre 2004 eingeführte Unterteilung in Eingreifkräfte, Stabilisierungstruppen und Unterstützungskräfte verzichtet wird. Die neue Grundorganisation soll so gestaltet werden, dass auf alle Kräfte jederzeit zurückgegriffen und die Einsatzverbände durchhaltefähig und modular zusammengestellt werden können. Gemäss Grobplanung soll die Bundeswehr künftig aus mindestens 163 500 Zeit- und Berufssoldaten bestehen. Die Wehrpflicht soll ab 1. Juli 2011 ausgesetzt werden, wobei der Rekrutierungsbedarf gemäss Planung jährlich bei 15 000 Frauen und Männern liegen soll. Allerdings dürfte der Gesamtbestand von 163 500 noch nicht festgeschrieben sein. Im Hinblick auf die Detailplanungen gibt es noch erheblichen Diskussionsbedarf, so dass gemäss dem Generalinspekteur in der Endphase eine Gesamtstärke von rund 180 000 erreicht werden dürfte.

Die Heereskräfte mit einem Bestand von etwa 60 000 Soldaten sollen in einem Kommando Landoperationen zusammengefasst werden. Der

Kern der Landstreitkräfte soll gemäss vorliegender Grobplanung aus mehreren Einsatzkommandos mit mindestens sechs infanteriestarken Brigaden bestehen. Diskutiert wird u. a. auch die Auflösung der



Generalinspekteur, Gen Wieker, orientiert über Bundeswehrreform.

Bild: Handelsblatt

heutigen Divisionsstäbe, wobei dieser Schritt noch höchst umstritten sein soll. Hinzu kommen die Kommandos und Truppen der Spezialkräfte und der Luftgestützten Kräfte sowie ein Ausbildungskommando, ein Kommando Rüstung und Konzeption sowie die Einheiten in multinationalen Verbänden, z. B. die Deutsch-Französische Brigade. Noch nicht geklärt ist der Bereich der Kampfunterstützung (Artillerie und Pioniere) sowie die künftige Eingliederung der Panzertruppe. Grundsätzlich soll aber die Zahl der schweren Waffensysteme (Kampfpanzer, Artilleriegeschütze) weiter reduziert und auf die künftigen



Einsatzrealität in Afghanistan bildet wichtige Grundlage für die Reform.

Bild: Bundeswehr

Einsatzbedürfnisse ausgerichtet werden.

In der Luftwaffe (geplante Stärke rund 25 000) würden die fliegenden Verbände und die bodengebundene Luftverteidigung unter dem Dach eines «Befehlshabers Einsatzverbände» vereint. Bei Aufgabe eines Jagd- und eines Jagdbombergeschwaders blieben noch vier Luftkampfverbände (Eurofighter und eine reduzierte Anzahl Tornado) sowie ein Aufklärungsverband (Tornado, UAV's) übrig. Die Zahl der Lufttransportgeschwader (A400M, Transall) wird ebenso wie die Zahl der Flab Regimenter reduziert.

Die Marine soll auf noch rund 15 000 Soldaten reduziert werden, wobei fünf Fregatten und etwa 30 Boote ausser Dienst gestellt werden sollen. Dadurch würde allerdings der Einsatzwert und die Durchhaltefähigkeit stark eingeschränkt, was gemäss Militärexperten wegen der zuneh-



Trsp. Panzer «Boxer» (Bild) und Spz. «Puma» bilden Rückgrat der infanteriestarken Brigaden. Bild: Bundeswehr

menden Gefährdung der See- wege noch zu politischen Diskussionen führen dürfte.

Die Streitkräftebasis (geplante Stärke rund 40 000) soll mehr als 20 Bataillone (Führungsunterstützung, Nachrichtenwesen, Aufklärung, Sanitätsdienst und Logistik) umfassen. Auf der Streichliste stehen bisher vier Wehrbereichskomman-

dos, einige Landeskommandos und die heutige Kraftfahrtausbildungsorganisation.

Zusammenfassung

Die Pläne des Verteidigungsministeriums zum Umbau der deutschen Bundeswehr fallen derart radikal aus, dass sie mit Sicherheit noch viele Fragen

und heftige Diskussionen auslösen werden. Falls die Reform wie geplant umgesetzt wird, werden sich aber Charakter und Ausrichtung der Bundeswehr erheblich verändern. Gerechnet wird mit einer langwierigen und aufwändigen Realisierungsphase, wobei auch Auswirkungen auf Partnerarmeen in der NATO und EU zu erwarten sind. Die multinationale Sicherheitsvorsorge wird aber das Prinzip der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bleiben. Zudem werden die Ressourcenzwänge zusammen mit den künftigen Aufgaben der Streitkräfte zu einer verstärkten Kooperation im Bündnisrahmen führen.

In Deutschland haben unterdessen sowohl Politik als auch Militärführung die Notwendigkeit einer umfassenden Bundeswehrreform erkannt. Die drastischen Sparmassnahmen dürften schlussendlich zu dieser Einsicht geführt haben.

Deutschland

Aussetzung (Abschaffung) der Wehrpflicht

Die Regierungsparteien in Deutschland sind im Verlaufe dieses Jahres relativ widerstandlos den Vorschlägen von Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg gefolgt und haben sich unterdessen in der Mehrheit für die Aussetzung (und damit wahrscheinlich auch Abschaffung) der Wehrpflicht ausgesprochen. Begründet wird dieser Schritt mit sicherheitspolitischer Einsicht und Vernunft sowie finanzpolitischer Realität. Damit wird in Deutschland eine 200 Jahre alte Militärtradition aufgegeben. Stattdessen soll es bereits ab 2011 einen freiwilligen Wehrdienst geben. Das Konzept sieht vor, junge Männer wie bisher zu erfassen, wobei die bisherige ob-

ligatorische Musterung durch die Einladung zu einem freiwilligen Bewerbungsgespräch ersetzt wird. Nimmt ein junger Mann die Einladung an, wird wie bisher in einem «Eignungsfeststellungsverfahren» untersucht, ob er für den

Wehrdienst taugt oder nicht. Einstellungstermine sollen künftig individuell mit dem Bewerber vereinbart und nicht mehr willkürlich von den Militärbehörden festgelegt werden. Im ersten Halbjahr des bis zu 23 Monaten dauern-

den Dienstes sollen beide Seiten ein Kündigungsrecht erhalten, so wie es in der Privatwirtschaft üblich ist. Das Salär würde in diesem Zeitraum auf dem Niveau des bisherigen Wehrsolds (ungefähr 300 Euro pro Monat), später dann deutlich darüber liegen. Je nach Verpflichtungsdauer will die Bundeswehr den Bewerbern weitere Dienstanreize zugestehen. So könnten Abiturienten, die sich auf die Maximaldauer von 23 Monaten verpflichten, ein ziviler Studienplatz an einer Bundeswehruniversität in Aussicht gestellt werden. Gegenwärtig wird untersucht, wie mit Werbekampagnen und Internetauftritten die Attraktivität der Bundeswehr verbessert und wie die jungen Leute für einen Militärdienst angeworben werden können.



Mit Aufhebung der Wehrpflicht muss die Attraktivität der Bundeswehr verbessert werden. Bild: Bundeswehr

Deutschland

Bundeswehr nutzt Präsenz im Internet

Nicht zuletzt im Hinblick auf die Aussetzung der Wehrpflicht will das deutsche Verteidigungsministerium eine aktivere Informationspolitik betreiben. Im Herbst 2010 hat Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg grünes Licht für den Start des neuen Bundeswehr-Premiumkanals auf YouTube gegeben. Mit den auf (www.youtube.com/bundeswehr) eingestellten Fotos und

Videos wird den deutschen Bürgerinnen und Bürgern ein umfassendes, realistisches Bild über den Einsatz und den Alltag der Bundeswehr ermöglicht. In sechs Rubriken sind vorerst rund 80 Videos bereitgestellt worden, die künftig durch neue Beiträge regelmässig ergänzt werden. Wie auf YouTube üblich, können die Nutzer Video-clips auch bewerten und kommentieren. Mit dem YouTube-Premiumkanal eröffnet die Bundeswehr ein zusätzliches zeitgemässes Informationsan-

gebot, das mit über 18 Millionen Nutzern monatlich rund 40 Prozent der Internetnutzer in Deutschland erreichen kann. Ausserdem werden aktuelle Fotos aus der Bundeswehr offiziell auf dem Online Bildportal flickr (www.flickr.com) für die Öffentlichkeit frei verfügbar gemacht. Die Fotos können auf dieser Internetseite durch Eingabe des Wortes «Bundeswehrfotos» im Eingabefeld «SUCHEN» aufgerufen werden. Unter den Themen Einsätze, Bundeswehr, Aktuel-

les, Ausbildung, Familie & Dienst sowie Classix soll den Interessierten ein besseres und objektiveres Bild über die Bundeswehr und deren Einsätze vermittelt werden. Dies dürfte im Hinblick auf die Aussetzung der Dienstpflicht und die damit notwendige Anwerbung von Personal von grosser Bedeutung sein. Darüber hinaus bietet das Portal aber auch den Presse- und Medienvertretern Gelegenheit, auf aktuelles und autorisiertes Bildmaterial der Bundeswehr zuzugreifen.

Österreich

Wehrpflicht ist umstritten

Nachdem sich Deutschland im Zuge der geplanten Bundeswehrreform für eine Aussetzung der Wehrpflicht ausgesprochen hat, werden nun auch in Österreich diesbezügliche Forderungen laut. Von verschiedenen Seiten, unter anderem auch von der regierenden SPÖ, wird nun eine diesbezügliche Volksbefragung verlangt. Ein Expertengutachten des österreichischen Verteidigungsministeriums soll bis Ende Jahr vorliegen; bis spätestens Ende März 2011 soll dann der Nationalrat über die Abhaltung einer Volksabstimmung



Wehrpflicht steht auch in Österreich zur Diskussion.

Bild: Bundesministerium

zur Wehrpflicht entscheiden. Die Wehrpflicht wurde in Österreich nach dem Ende der Besatzungszeit 1955 eingeführt. Damals betrug die Dauer noch neun Monate, im Verlaufe der Jahre wurde sie zweimal auf schliesslich sechs

Monate verkürzt. Derzeit verfügt das österreichische Bundesheer über eine Mobilmachungsstärke von rund 56 000 Mann; bestehend aus etwa 16 500 Berufssoldaten, ca. 27 500 Soldaten der Miliz und einer durchschnittlichen Zahl von 12 000 Grundwehrdienern. Über das ganze Jahr verteilt werden heute zwischen 24 000 und 26 000 Wehrpflichtige einberufen. Während der sechsmonatigen Dienstzeit werden die Grundwehrdiener vor allem für Katastropheneinsätze und für den umstrittenen Assistenzeinsatz im östlichen Grenzraum herangezogen. Im Herbst 2010 standen rund

2000 Soldaten im aktiven Einsatz, davon etwas mehr als 1100 im Auslandseinsatz und rund 800 im Assistenzdienst an der Grenze. Neben den Uniformierten beschäftigt das Bundesheer rund 9000 Zivilbedienstete. Gemäss Verteidigungsminister Darabos werden die geplanten Sparmassnahmen (siehe auch ASMZ Nr. 10/2010, Seite 38/39) auch einen weiteren Personalabbau zur Folge haben. Genaue Zahlen könnten aber erst nach Vorliegen des Expertengutachtens und nach einer allfälligen Entscheidung über die Weiterführung der Wehrpflicht gemacht werden.

Russland

Beschaffung westlicher Mehrzweckfahrzeuge

Bereits seit längerem interessieren sich die russischen Streitkräfte für moderne westliche Fahrzeuge; im Vordergrund steht dabei die mögliche Einführung von gepanzerten Mehrzweckfahrzeugen LMV (Light Multirole Vehicles), die heute vor allem von Italien und Grossbritannien in grosser Zahl eingesetzt werden. Die Rede ist von einer Beschaffung von ge-



Anschlag auf LMV in Afghanistan.

Bild: ISAF

gen 2000 Fahrzeugen der in Italien beheimateten Firma IVECO. Unterdessen sollen die schwierigen Vertragsverhandlungen – gegen den Widerstand der russischen Fahrzeugbauer – bereits weit fortgeschritten sein. In Russland selber beschäftigen sich heute vor allem das Entwicklungszentrum VIT und der Feuerzeughersteller VPK mit der Entwicklung und Herstellung von geschützten Fahrzeugen dieser Kategorie; allerdings ist ein tech-

nologischer Rückstand unverkennbar. Für die Produktion wollen nun die italienische Firma IVECO und die russische Rostechologii eine Holding-Gesellschaft mit Namen Rosavto gründen. Das russische Autowerk, in dem die LMV des Typs M65 gebaut werden, soll

erst im nächsten Jahr benannt werden. In den Jahren 2011 und 2012 sollen jeweils 280 Mehrzweckfahrzeuge LMV produziert werden. In den zwei Folgejahren ist eine Produktion von je 460 Fahrzeugen geplant. Danach folgen noch 230 und rund 100 Fahrzeuge bis 2016. Die

insgesamt etwas mehr als 1800 LMV sollen umgerechnet 800 Mio. Euro kosten. Die russischen Fahrzeugwerke VPK haben unterdessen – vermutlich als Reaktion auf die bevorstehende Bestellung westlicher Typen – diverse Varianten der eigenen Fahrzeugfamilie «Wolf» präsentiert. Angeboten werden diverse Typen (4 × 4 und 6 × 6), die ebenfalls gepanzert und bei Bedarf auch bewaffnet werden können. Die vorgestellten Prototypen sollen bereits ab Ende 2010 in Produktion gehen, wobei allerdings noch keine konkreten Bestellungen vorliegen dürften.

Russland

Straffung der strategischen Führungsstruktur
(Regionalkommandos statt Militärbezirke)

Im Zusammenhang mit der Reform der russischen Streitkräfte sind seit Jahren Bestrebungen zur Straffung und Flexibilisierung der bisherigen schwerfälligen Kommando- und Befehlsstrukturen erkennbar. Gemäss Informationen des russischen Verteidigungsministeriums ist nun auf den 1. Dezember 2010 die seit langem erwartete strategische Strukturanpassung offiziell umgesetzt worden (siehe Abbildung). Neu geschaffen wurden nicht wie bisher angenommen drei neue Regional-

kommandos sondern deren vier (die Strategischen Regionalkommandos West, Süd, Zentral und Ost). Diese Kommandos sind für die operativ-strategische Planung sowie Durchführung von Operationen auf Stufe Grosser Verband verantwortlich. Vorgehen ist auch, dass die bisherigen Flotten der Marine in den neuen Strategischen Kommandos integriert werden. Damit werden die betreffenden Kommandanten über Verbände aller Teilstreitkräfte verfügen. Die Funktion der verbleibenden Militärbezirke wurde neu definiert: sie sind für die Truppen-einberufung und Ausbildung der Mobilmachungsreserven sowie für Übungen und Logis-



Die Regionalen Kommandos der russischen Streitkräfte. Bild: Novosti

tik zuständig. Mit der Umsetzung der neuen Kommandostruktur werden auch zahlreiche Generäle und hohe Offi-

ziere entlassen. Künftig dürfte daher in der obersten Führung kaum mehr «sowjetisches» Gedankengut zu finden sein.

Europa

Europäisches Lufttransportkommando ist einsatzbereit

Im September 2010 wurde im niederländischen Eindhoven das EATC (European Air Transport Command) feierlich eröffnet und seinen Aufgaben übergeben. Vertreten waren die Verteidigungsminister respektive deren Stellvertreter aus den gegenwärtigen Nutzerstaaten Belgien, Frankreich, Niederlande und Deutschland. Erster Kommandant der EATC ist der deutsche Generalmajor Jochen Both, der vorerst über einen Truppenbestand von rund 200 Offizieren und Soldaten, davon 60 aus der Bundeswehr, verfügen wird. Mit der Umsetzung des bereits im Jahre 2000

vereinbarten Konzeptes können nun die Planung und Durchführung von Lufttransport- und Luftbetankungseinsätzen der vier Nationen zentral geführt und Lufttransportkapazitäten gemeinsam bewirtschaft-

tet werden. In seiner Rede betonte General Both, dass mit dem EATC eine Investition in die Zukunft geschaffen worden sei, und dass sich aufgrund positiver Erfahrungen der Kreis der Mitgliedstaaten rasch ver-

grössern werde. Spätestens mit der Auslieferung der ersten Transportmaschine A400M an die europäischen Nutzerstaaten (vorgesehen im Jahre 2013) dürfte dies der Anlass zum Beitritt weiterer Nationen sein. Die 200 Soldaten der Gründernationen sind unterdessen verantwortlich für etwa 200 Transportflugzeuge mit einem geplanten Aufkommen von 60 000 Flugstunden pro Jahr. Spätestens in einem Jahr werden die Zahlen über die Kosteneffizienz dieser Organisation vorliegen und könnten dann überzeugende Argumente für einen Beitritt weiterer Nationen sein.



Transportflugzeuge beim EATC in Eindhoven.

Bild: EATC

Hans Peter Gubler, Redaktor ASMZ